

Kurzinformationen

zusammengestellt von Jorge Scholz

Islamistenaufstand im Hindukush

Ein einwöchiger Aufstand von rund 2.500 bewaffneten Aktivisten der islamistischen 'Tehrik Nifaz-i-Shariat Muhammadi' (TNSM - etwa: Bewegung zur Einführung des islamischen Rechts des Propheten Mohammed) im äußersten Nordwesten Pakistans ist am 5. und 6. November von para-militärischen Truppenverbänden blutig niedergeschlagen worden. Nach einem Bericht der Wochenzeitung 'Friday Times' kamen bei den Kämpfen zwischen den in Bergstellungen verschanzten Rebellen und den mit schweren Waffen und Hubschraubern ausgerüsteten Sicherheitskräften 40 Menschen ums Leben. Strategische Straßenverbindungen, eine Anzahl Regierungsgebäude und der Flughafen von Swat wurden bei den Gefechten von den Aufständischen zurückerobert, die über Tage hinweg den gesamten Bezirk Malakand unter ihre Kontrolle gebracht hatten (rund ein Drittel der Fläche der North West Frontier Province, NWFP). Unzugängliche Seitentäler der Hochgebirgsregion und diverse Büros der Regierung in kleineren Ortschaften sind jedoch weiterhin in der Hand der Rebellen. Außerdem werde noch zwei Richter als Geiseln gehalten. Der Anführer der Aufständischen, TNSM-Chef Maulana Sufi Muhammad, rief allerdings nach Verhandlungen mit der NWFP-Provinzregierung einen Waffenstillstand aus, der vorläufig für eine Entspannung der Lage gesorgt hat. Als Gegenleistung erhielt er die Zusage der Regierung, daß in der Malakand-Division das islamische Rechtssystem der Scharia eingeführt wird. Damit wäre die Hauptforderung der TNSM erfüllt. Derzeit sind zumindest die zum Bezirk Malakand gehörenden 'Provincial Administered Tribal Areas' (PATA's) rechtsfreier Raum, seitdem das Oberste Gericht in Peshawar im Februar diesen Jahres die dort geltenden Sonderbestimmungen, die das Gewohnheitsrecht der Stämme schützten, als Verstoß gegen die Verfassung außer Kraft setzte. Der Versuch der Regierung, stattdessen

das allgemein übliche bürgerliche Zivilrecht durchzusetzen, stieß auf erbitterten Widerstand: Im Mai konnte Sufi Muhammad und seine TNSM schon einmal 20.000 bewaffnete Stammesangehörige für den Kampf zur Einführung der Scharia mobilisieren. Nach blutigen Gefechten mit der Provinzpolizei lenkte die Regierung ein und versprach, der Forderung nachzukommen. Beobachter werten den jüngsten Aufstand als Reaktion auf die anschließende Hinhaltenaktik von Politikern und Behörden.

Wahlen in den Northern Areas

Bei den ersten allgemeinen Wahlen unter Beteiligung politischer Parteien in den mit einem administrativen Sonderstatus ausgestatteten Northern Areas hat die 'Pakistan Peoples Party' (PPP) Ende Oktober eine Niederlage erlitten. Die Bhutto-Partei konnte trotz engagiertem Wahlkampf nur sieben von insgesamt 24 Sitzen in der Ratsversammlung der Nord-Territorien gewinnen. Eine regionale Splitterpartei namens 'Tehrik-i Jaffira Pakistan', die für die Einführung des schiitischen Rechts streitet, kam dagegen auf acht Sitze. Die 'Pakistan Muslim League' (PML-N) von Nawaz Sharif mußte sich mit einem Sitz begnügen. Die übrigen Mandate gingen an unabhängige Kandidaten. Bei der noch ausstehenden Wahl des Ratsvorsitzenden werden die Stimmen dieser Unabhängigen, um die derzeit hinter den Kulissen gefeilscht wird, den Ausschlag geben.

Nach der im Sommer von der Bundesregierung in Islamabad verabschiedeten Verwaltungsreform besitzt der Vorsitzende des 'Northern Areas Council' die Kompetenzen eines vize-Chefs der Exekutive im offiziellen Rang eines Staatsministers, Chef der Exekutive bleibt - wie zuvor - der 'Bundesminister für Northern Areas und Kaschmir Angelegenheiten', Afzal Khan (PPP). Allerdings erhält die neugewählte Ratsversammlung erweiterte Finanzkompetenzen und darf einen eigenen Haushalt verabschieden. Das Volumen des Etats

bestimmt jedoch die Regierung in Islamabad - nach der Wahl des Ratsvorsitzenden.

Die starke Abhängigkeit der Nordgebiete von der Bundesregierung erklärt sich paradoxerweise aus dem Umstand, daß die frühere 'Gilgit Agency' nichts um Geltungsbereich der pakistanischen Verfassung gehört. Als Bestandteil des ehemaligen Fürstentums Jammu und Kaschmir, das Pakistan und Indien 1947 nach dem Patt des ersten Kaschmir-Krieges de facto unter sich aufteilten, wird die strategisch wichtige Region im Grenzgebiet zu Indisch-Kaschmir, China und Afghanistan mit derzeit rund 1,5 Millionen Einwohnern nach dem Credo der Regierenden in Islamabad lediglich treuhänderisch verwaltet. Hintergrund: 1948 und 1949 verabschiedete die UNO zwei Kaschmir-Resolutionen, die in dem umstrittenen Gebiet eine Volksabstimmung über einen Anschluß an Indien oder Pakistan vorsehen. Da ein solches Plebiszit mit großer Sicherheit ein Votum zugunsten Pakistans ergeben würde, achteten pakistanische Regierungen stets darauf, diese Option offenzuhalten. Deshalb wurde bis heute darauf verzichtet, die Northern Areas formal in den pakistanischen Staatsverband zu integrieren. In der Bevölkerung der betroffenen Region formiert sich jedoch seit einigen Jahren Widerstand gegen die politische, ökonomische und administrative Bevormundung durch Islamabad bei gleichzeitiger Vorenthaltung sämtlicher Bürgerrechte. Die Protagonisten dieser politischen Strömung fordern daher die Umwandlung der Northern Areas zur gleichberechtigten fünften Provinz Pakistans. Die Verwaltungsreform der Bhutto-Regierung dient dem Versuch, die wachsende Unzufriedenheit zu beschwichtigen, ohne die Plebiszit-Option ganz aufgeben zu müssen.

Protestbewegung der Opposition gescheitert

Der Versuch von Oppositionsführer Nawaz Sharif und seiner PML-N, die Bhutto-Regierung mit einer im

September begonnenen außerparlamentarischen Protestkampagne zu stürzen, ist im Oktober endgültig gescheitert. Mit einem Propagandafeldzug per Bahn von Karachi nach Peshawar versuchte der Ex-Premier zunächst, die Massen für seine Umsturzpläne zu mobilisieren. Ziel dieser Strategie war es, daß Land mit einer Serie von Generalstreiks unregierbar zu machen, um die Armee zum Eingreifen zu zwingen. Ermuntert durch den regen Zulauf bei zahlreichen Kundgebungen in allen Großstädten, holte Sharif am 11. Oktober zum entscheidenden Schlag aus und rief zu einem landesweiten totalen Generalstreik der besonderen Art auf: Räder aller Art - in Maschinen, Motoren oder an Fahrzeugen - sollten für einen Tag stillstehen. Parallel dazu wurden zahllose Demonstrationsumzüge und Protestkundgebungen vorbereitet. Doch die Regierung reagierte mit Härte und ließ im Vorfeld des Streiktages rund 1.000 Funktionäre und Politiker der PML-N verhaften. Sharif und weitere prominente Führer wurden von Sicherheitskräften am Verlassen ihrer Häuser gehindert. Die Folge: Zwar bleiben die meisten Fabriken und Geschäfte in den großen Städten geschlossen, doch die Kundgebungen blieben schwach besucht. Auch der angestrebte Zusammenbruch des Kommunikationsnetzes und die Unterbrechung aller Straßen-, Bahn- und Flugverbindungen gelang nicht. Aufgrund des gemessenen an den Erwartungen kläglichen Resultats des Generalstreiks ist inzwischen die gesamte Kampagne offiziell abgeblasen worden. Stattdessen bereiten führende PML-N Politiker mit öffentlicher Kritik am starren Konfrontationskurs ihres Parteivorsitzenden im Verhältnis zur Regierung eine taktische Wende vor, die auf eine Rückkehr zu innerparlamentarischer Oppositionsarbeit hinausläuft. Benazir Bhutto reagierte prompt und unterbreitete Sharif den Vorschlag, bei der nächsten Sitzung der Vereinten Nationen als Chef der pakistanischen Delegation zu fungieren. Sharif akzeptierte das Angebot. Einen Tag später waren die meisten der verhafteten PML-Aktivisten wieder auf freiem Fuß.

Feudalherr macht Dorf dem Erdbeben gleich

Mit einer Privatarmee hat ein Großgrundbesitzer im nordpakistanischen Distrikt Dir ein ganzes Dorf in Schutt und Asche gelegt. Das

berichtete die pakistanische Nachrichtenagentur APP Anfang November unter Berufung auf örtliche Behörden. Den Angaben zufolge rückte der Feudalherr mit 200 Söldnern gegen die im Hindukush-Distrikt gelegene Siedlung vor und zerstörte mit Granaten und Raketenwerfern rund 250 Häuser. Dabei seien fünf Menschen getötet worden. 21 Kinder würden vermißt. Sie seien möglicherweise unter den Trümmern begraben. Zwischen den Dorfbewohnern und dem Großgrundbesitzer gab es seit mehreren Jahren eine Fehde um Bodenrechte.

Drogenhandel stützt Handelsbilanz

Pakistans Wirtschaft hängt nach einem UN-Bericht in hohem Maße vom Drogenhandel ab. Ein Viertel des pakistanischen Außenhandels entfalle auf das Geschäft mit Drogen, berichtete die englischsprachige Zeitung 'The News' in ihrer Ausgabe vom 22. November mit Berufung auf eine Studie des UN-Fonds zur Bekämpfung des Drogenmißbrauchs (UNFDAC). Durch Erlöse aus dem Drogenhandel werde die Handelsbilanz gestützt, der Import von Luxusgütern gefördert und die pakistanische Währung gestärkt. Die pakistanische Regierung reagierte nach Agenturmeldungen mit scharfer Kritik auf die Veröffentlichung des Reports. Der UNFDAC-Beauftragte für Pakistan lehnte demnach jede Stellungnahme ab und verwies darauf, daß die Verhandlungen zwischen seiner Organisation und der pakistanischen Regierung noch nicht abgeschlossen seien. Pakistan gilt in Expertengruppen als größter Heroinexporteur der Welt.

Anhaltende Unruhen in Karachi

Allein in den Monaten Oktober und November wurden in Karachi bei den eskalierenden Auseinandersetzungen zwischen verfeindeten Fraktionen der MQM, in die mittlerweile auch militante sunnitische und schiitische Sekten verstrickt sind, mindestens 200 Menschen getötet. Die jüngste Bluttat: Nach einem am 23. November von der Industrie- und Handelskammer organisierten Protestmarsch gegen die zunehmende Gewalt in der Hafentropole eröffneten Heckenschützen auf die etwa 600 Teilnehmer das Feuer. Sechs Menschen fielen diesem Attentat zum Opfer. Auch diesmal konnten die Täter unerkannt entkommen. Beinahe täglich

berichten derzeit die Nachrichtenagenturen von ähnlichen Vorfällen. Armee und Polizei stehen den tödlichen Schießereien hilflos gegenüber. Zwar führten die Sicherheitskräfte in letzter Zeit in den von der Gewaltwelle am härtesten betroffenen Slumvierteln diverse Razzien durch. Im Stadtteil Saudabad trieben beispielsweise Soldaten nach Ausrufung eines lokalen Ausnahmezustandes alle männlichen Bewohner auf einem Sportplatz zusammen, um diese zu verhören. Auch das systematische Durchkämmen ganzer Wohnkolonien auf der Suche nach Waffen ist an der Tagesordnung. Die massive Armee- und Polizeipräsenz in den Armutsquartieren der Stadt scheint jedoch die Gewaltbereitschaft der Militanten eher noch anzuhetzen: Denn unter den Todesopfern des Aufruhrs befanden sich auch 58 Uniformierte. Als Ergebnis der jüngsten Eskalation steht mittlerweile fest, daß die PPP-Provinzregierung des Sindh um eine weitere Verlängerung der Armeepräsenz in der krisengeschüttelten Metropole bitten wird. Zwischenzeitlich hatte es geheißt, daß die im Sommer 1992 gestartete 'Operation Clean-up' spätestens im Dezember beendet werde.

Bhutto in Paris

Frankreich gewährt Pakistan Kredite in Höhe von umgerechnet rund 120 Millionen Mark. Im Gegenzug sollen französische Firmen bedeutende Aufträge erhalten, insbesondere für den Bau einer Hochbahn in Karachi sowie für Projekte im Satelliten- und Fernmeldebereich. Dies vereinbarte Premierministerin Bhutto mit der französischen Regierung bei einem offiziellen Staatsbesuch Anfang November. Außerdem plant die pakistanische Regierung den Kauf von 40 Kampffjets des Typs Mirage 2000-5. Islamabad ist auch an einem französischen Kernkraftwerk interessiert. Paris verlangt jedoch als Voraussetzung für die Lieferung eines Reaktors, daß Pakistan den Atomwaffensperrvertrag unterzeichnet. Zu diesem Schritt ist die Bhutto-Regierung jedoch nur bereit, wenn auch Indien unterschreibt. In einer Rede vor dem außenpolitischen Ausschuß der französischen Nationalversammlung richtete Frau Bhutto in diesem Zusammenhang an die Adresse Delhis den Vorschlag, daß beide Ländern dem Atomwaffensperrvertrag gemeinsam beitreten könnten.